

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

Europäisches Jubiläum 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **Spendenmarathon für die Corona-Krise** 3
- **Frühjahresprognose 2020 für die Wirtschaft** 4
- **Möglichkeit für Unterstützung des Agrar- und Lebensmittelsektors** 5
- **Handelsschutzbericht der EU veröffentlicht** 5

Europäisches Parlament

- **Tagung der EU-Parlamentsausschüsse** 6

Rat der Europäischen Union

- **Soziales Recht als Kompass aus der Krise** 8

Sonstiges

- **EU-Westbalkan-Gipfel** 9
- **Treibhausgasemission 2019 deutlich gesunken** 10
- **Konsultation zur Finanzierung für Projekte im Bereich erneuerbare Energien** 10

Laufende Konsultationen 11

Tagesordnungen der Institutionen 12

Impressum 12

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Europäisches Jubiläum

Das Jahr 2020 bedeutet in vielerlei Hinsicht ein Jubiläum auf europäischer Ebene. Bereits im Jänner wurde die 25-jährige Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union gefeiert. Weitere Jubiläen folgten vergangene Woche. Am 8. Mai jährte sich zum 75.-mal die bedienstungslose Kapitulation Deutschlands, welche gleichzeitig das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa bedeutete und eine Zeit des Friedens und der Solidarität einleitete. Schlussendlich wurde am 9. Mai der Europatag gefeiert. 70 Jahre zuvor, an diesem Tag, hatte der französische Außenminister Robert Schumann mit seiner Erklärung der Grundstein für ein gemeinsames Europa gelegt.

Gefeiert wurde dieses Jubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen, die – auf Grund der Corona-Pandemie – online stattfanden. Das Motto der Europawoche lautete dabei: „Jetzt mehr Europa wagen?“ Im Sinne dessen wurde über Möglichkeiten diskutiert, wie die Europäische Union weiterentwickelt werden könne, um den BürgerInnen näher zu kommen und mehr denn je für Gemeinschaft, Solidarität und Miteinander zu stehen.

Im Rahmen eines Festaktes in Wien riefen Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission Martin Selmayr und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas zu verstärktem europäischem Denken und Handeln auf:

„Der Europatag sollte ein Anlass sein, sich darauf zu

besinnen, dass jetzt nicht die Zeit für egoistisches Einigeln oder gar destruktiven ‚Corona-Nationalismus‘ ist. Es darf angesichts der fortbestehenden Gesundheitsgefahr keinen Wettbewerb darum geben, wer seine Wirtschaft zuerst wieder hochfährt, womöglich gar zu Lasten anderer“, sagte Selmayr in seiner Begrüßungsrede. Jetzt sei mehr denn je der Moment, über die Zukunft Europas nachzudenken: „Wir müssen die Funktionsweise unserer Union, vor allem aber den Umgang mit Europa deutlich verbessern. Sonst ist auch Europa in Lebensgefahr“, ergänzte er. „Um mit Robert Schuman zu sprechen: Wir brauchen jetzt schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen. Deshalb brauchen wir jetzt mehr Europa in unseren Köpfen. Deshalb brauchen wir jetzt mehr Europa in unseren Herzen. Deshalb müssen wir jetzt mehr Europa wagen.“

Auch Bundespräsident Van der Bellen forderte Solidarität und Zusammenhalt in Europa ein: „Aus der schockierenden Erfahrung dieser Pandemie folgt doch, dass wir einander noch mehr unterstützen und helfen müssen, als wir das bisher getan haben. Wenn wir in dieser Krise unsere größten Errungenschaften Europas über Bord werfen, dann sind wir wie der Spaziergänger, der im Unwetter wütend seinen Regenschirm wegwirft, weil dieser ihn nicht vor nassen Füßen bewahren kann.“

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).





Europäische Kommission

Spendenmarathon für die Corona-Krise

Am Montag, den 4. Mai, fand, die von der Europäische Kommission veranstaltete, Spendenaktion im Rahmen der Coronavirus-Krisenreaktion statt. Im Zuge der Geberinitiative stellten 60 Länder, NGOs und Stiftungen insgesamt 7,4 Mrd. Euro für die Entwicklung und Verbreitung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus zur Verfügung.

Bereits im Vorfeld der Spendenaktion hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit einigen Staats- und Regierungschefs eine [gemeinsame Erklärung](#) abgegeben, in der das Ziel der Aktion skizziert wurde:

„Keiner von uns ist immun gegen die Pandemie und keiner von uns kann das Virus allein besiegen. Wir sind nicht wirklich sicher, solange wir nicht alle in Sicherheit sind –jedes Dorf, jede Stadt, Region und jedes Land der Welt. In unserer vernetzten Welt ist das globale Gesundheitssystem nur so stark wie sein schwächster Teil. Wir müssen uns gegenseitig schützen, um uns selbst zu schützen.“ Daher müsse gemeinsam an der Entwicklung von Impfstoffen, Behandlungen und Therapien geforscht und die Gesundheitssysteme weltweit gestärkt werden, wurde in der Verlautbarung resümiert. Das gesammelte Geld solle dabei in erster Linie an anerkannte globale Gesundheitsorganisationen wie CEPI, Gavi – die Impfstoff-Allianz, sowie den Globalen Fonds und Unitaid fließen. Organisiert wurde die Spendenaktion von der Europäischen Union, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, dem Königreich Saudi-Arabien Norwegen, Spanien und dem Vereinigten Königreich.

Schlussendlich wurde am 4. Mai zwar das angepeilte Ziel von 7,5 Mrd. Euro knapp verfehlt, dennoch konnten innerhalb weniger Stunden 7,4 Mrd. Euro gesammelt werden. Mehr als 4 Mrd. Euro kamen dabei von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten. Davon steuerte Österreich 31 Millionen Euro bei.



„Dieses Geld wird dazu beitragen, eine beispiellose globale Zusammenarbeit in Gang zu bringen. Und es wird ein wirklich einzigartiges, globales öffentliches Gut schaffen. Dies ist die wahre Kraft der Einheit und der Menschheit,“ sagte Ursula von der Leyen nach der Spendenaktion, betonte aber auch, dass dies erst der Anfang für einen längeren Weg sei: *„Der heutige Sprint war ein großartiger Start für unseren Marathon. Der Marathon ist jetzt der richtige Weg.“* In weiterer Folge sollen nun noch mehr Mittel gesammelt werden, um die globalen Bemühungen im Kampf gegen Corona weiter zu finanzieren. Auf dem Globalen Impfgipfel der Impfstoffallianz GAVI am 4. Juni werden zusätzliche Mittel mobilisiert werden, um die nächste Generation mit Impfstoffen zu schützen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Frühjahresprognose 2020 für die Wirtschaft

Die Europäische Kommission hat die Frühjahresprognose für 2020 vorgelegt, in der ein historisch negatives Wirtschaftswachstum für 2020 von **-7,7 Prozent** prognostiziert wird. Erst 2021 soll ein leichter Aufschwung stattfinden.

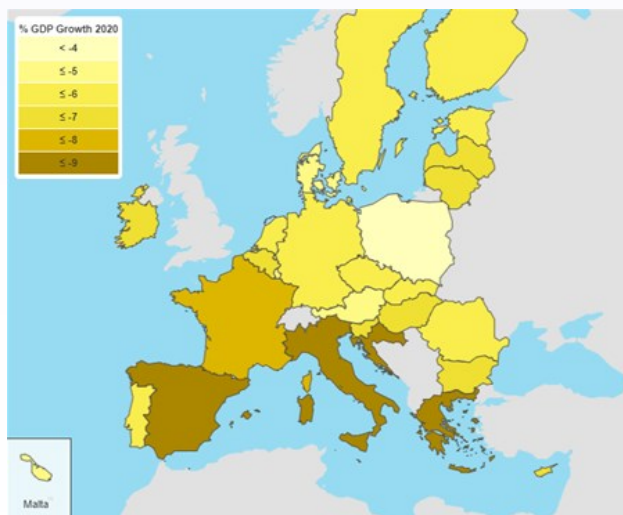
Die Coronavirus-Pandemie bedeutet für die Volkswirtschaften der EU aber auch global einen großen Schock. Zudem sind schwerwiegende sozioökonomische Folgen spürbar. Zwar haben die EU als auch die Mitgliedstaaten rasch und umfassend auf die Herausforderung des Virus reagiert, nichtsdestotrotz wird die EU-Wirtschaft dieses Jahr eine Rezession historischen Ausmaßes erleben, wie die neue Frühjahresprognose für 2020 zeigt.

Der Frühjahresprognose 2020 zur Folge, wird die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets im Jahr 2020 um 7,7% – so stark wie noch nie zuvor – schrumpfen, bevor sie 2021 voraussichtlich wieder um 6% wachsen wird. Spezifisch für Österreich prognostizieren die EU-Ökonomen einen Rückgang von 5,5% 2020 bzw. eine Erholung um 5% 2021. Damit wurden die Wachstumsprojektionen für die EU und den Euro-Raum gegenüber der Herbstprognose 2019 um rund neun Prozentpunkte nach unten korrigiert. Zudem wird die Arbeitslosenquote im Euro-Währungsgebiet von 7,5% 2019 auf 9,5% 2020 steigen und erst 2021

langsam Richtung 8,5% sinken.

Trotz der prognostizierten Erholung 2021 werden die Investitionen vorerst gedämpft bleiben und auch der Arbeitsmarkt wird sich nicht sofort vollständig erholen können. Zwar hat die Pandemie alle EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen getroffen, die wirtschaftlichen Entwicklungen dürften sich jedoch als recht unterschiedlich erweisen. Hier wird entscheiden sein, wie sich die Pandemie im betreffenden Land entwickelt, aber auch wie die Struktur der Volkswirtschaften beschaffen ist und mit stabilitätspolitischen Maßnahmen reagiert wird. Angesichts der wechselseitigen Abhängigkeit der EU-Volkswirtschaften wird sich die Dynamik des Aufschwungs in den einzelnen Mitgliedstaat auch auf die Stärke des Aufschwungs in anderen Mitgliedstaaten auswirken.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#), die vollständige Frühjahresprognose [hier](#) und den Bericht spezifisch für Österreich [hier](#).



Die Prognose für den wirtschaftlichen Einbruch durch die Corona-Krise sieht für die Staaten der EU sehr unterschiedlich aus. Mit einem prognostizierten Rückgang von „nur“ 5,5% gehört Österreich mitunter zu den Ländern, die die Krise am besten überstehen werden. Besonders schwer dagegen trifft es Staaten wie Spanien, Italien, Kroatien oder Griechenland.



Europäische Kommission

Möglichkeit für Unterstützung des Agrar- und Lebensmittelsektors

Die Europäische Kommission hat weitere Maßnahmen zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Sektoren der Agrar- und Ernährungswirtschaft veröffentlicht.

Bereits am 22. April waren die ersten Maßnahmen aus dem neuen Hilfspaket präsentiert worden, wie Beihilfen für die private Lagerhaltung im Milch- und Fleischsektor, die Flexibilität bei Marktunterstützungsprogrammen sowie die Befristete Abweichung von den EU-Wettbewerbsregeln. Zuvor hatte die Kommission zusätzlich Unterstützung in Form von höheren Beträgen für staatliche Beihilfen, höheren Vorschusszahlungen und verlängerten Fristen für die Einreichung von Zahlungsanträgen geleistet. Zusätzlich können nun die EU-Mitgliedsstaaten Landwirte, die von der Coronakrise besonders betroffen sind, mit bis zu 5000 Euro und kleine Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit bis zu 50.000 Euro entschädigen. Dabei können die Gelder aus den

nicht aufgebrauchten Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums verwendet werden.

Zudem leitet die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zur Förderpolitik für Agrar- und Lebensmittelprodukte in der Europäischen Union ein. Im Rahmen einer Gesamtbewertung der aktuellen Politik sollen in der Konsultation die Reaktionen von BürgerInnen und Interessengruppen auf die Wirksamkeit und Relevanz aktueller Maßnahmen sowie auf deren Kohärenz mit Maßnahmen erfasst werden.

Mehr Informationen zur Unterstützung des Sektors finden Sie [hier](#), die Konsultation [hier](#).

Handelsschutzbericht der EU veröffentlicht

Am Montag, den 4. Mai, veröffentlichte die Europäische Kommission den Jahresbericht über Handelsschutzmaßnahmen 2019. Dem Bericht zufolge tragen die handelspolitischen Schutzmaßnahmen der EU erfolgreich dazu bei, unlautere internationale Handelspraktiken einzudämmen.

In Europa gelten hohe Standards sowohl bei der Erzeugung von Produkten als auch beim Schutz der Arbeitskräfte. In vielen anderen Ländern weltweit ist dies jedoch nicht der Fall. Daher können Produkte aus Drittländern billiger produziert und zu Dumping-Preisen in die EU eingeführt werden. Dies gefährdet sowohl heimische Unternehmen, Arbeitsplätze als auch Produktstandards. Um diesen Praktiken entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission 2019 ihre Bemühungen verschärft. Nun gelten in der EU 140 handelspolitische Schutzmaßnahmen, die vor allem Importe aus China, Russland, Indien und den USA betreffen. Zusätzlich wurde 2019 die Anzahl der

Untersuchungen gegen Verstöße angehoben.

Durch die von der Kommission neu eingeführten Antidumping oder Antisubventionszölle konnte ein Rückgang der unfairen Einfuhren um 80 Prozent erreicht werden. Dabei wurden andere Lieferungen aus Nicht-EU-Ländern nicht beeinträchtigt. Darüber hinaus wurden durch die Maßnahmen 23.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschützt.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Den Handelsschutzbericht der EU 2019 finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Tagung der EU-Parlamentsausschüsse

Vergangene Woche tagten die Ausschüsse des Parlaments für Haushalt, Kultur und Bildung sowie Recht, um mit den zuständigen KommissarInnen über die derzeitige Lage in Europa zu sprechen.

Im Zuge ihrer Sitzung am Montag, den 4. April, forderten die Mitglieder des **Haushaltsausschusses (BUDG)** die Europäische Kommission auf, bis zum 15. Juni 2020 einen Vorschlag für einen Notfallplan für den MFR (Mehrjahresfinanzrahmen) vorzulegen.

Der derzeitige MFR läuft mit Jahresende 2020 aus. Eine Einigung zwischen Parlament und Rat über die Zusammensetzung des nächsten Haushaltsplans konnte indes noch nicht erzielt werden. Die Gefahr besteht nun, dass das Jahr 2021 ohne fertig ausverhandelten MFR beginnen könnte. Zwar würden die derzeitigen Haushaltsobergrenzen automatisch verlängert werden, dennoch laufen viele Programme, wie zum Beispiel ERASMUS, Ende 2020 aus. Mit dem Notfallplan sollen die Programme für BürgerInnen, Regionen, Städte, Landwirte, Universitäten und vieles mehr geschützt und ihr Fortbestehen garantiert werden. Zusätzlich solle der Plan ermöglichen, die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen des COVID-19-Ausbruchs anzugehen und zu mildern. EU Parlamentarier Jan Olbrycht (EVP) dazu: *„In Zeiten von Krisen und Instabilität sollten die Begünstigten des EU-Haushalts eine klare Vision für das nächste Jahr haben. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments suchen nach allen möglichen Lösungen, um die Stabilität des EU-Haushalts zu gewährleisten.“*

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

In ihrer Diskussion mit den KommissarInnen Mariya Gabriel und Thierry Breton betonten die **Abgeordneten des Kultur- und Bildungsausschusses (CULT)**, dass der Schaden für den Kultur- und Kreativsektor – insbesondere für kleine Unternehmen und einzelne

Akteure – *„mehr als nur den Verlust von Arbeitsplätzen“* bedeute. *„Europa darf nicht zulassen, dass Dinge, die Europa definieren - nämlich die reiche, lebendige und produktive Kultur- und Kreativszene - verschwinden“*, sagte die Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses, Sabine Verheyen und forderte, dass die Betroffenen schnell und direkt unterstützt werden sollten. Die beiden Kommissare teilten die Ansicht, dass die Kultur und die Werte der EU *„um jeden Preis“* erhalten werden müssen und teilten den Abgeordneten mit, dass im Rahmen des umfassenden EU Recovery-Plans ein EU-Unterstützungsplan für den Kultur- und Kreativsektor im Gange sei. Neben mehr Flexibilität für aktuelle Programme und Strukturfonds kündigte Kommissar Breton an, dass auch direkte Unterstützungsmaßnahmen in Betracht gezogen würden, darunter ein Reparaturplan, der den fragilsten AkteurInnen Liquidität zur Verfügung stellen soll.

Zudem wurde von der Kommission eine neue Online-Plattform für die Kreativbranche präsentiert. Die Plattform [Creatives Unite](#) soll den Austausch von Beschäftigten im Kultur- und Kreativbereich fördern. Creatives Unite wird eine zentrale Anlaufstelle für alle sein, die Informationen über Initiativen zur Krisenreaktion des Kultur- und Kreativsektors suchen. Die Plattform wird ihnen helfen, die Vielzahl von Ressourcen zu sortieren, wird Weblinks zu relevanten Netzwerken und Organisationen bereitstellen und bei der gemeinsamen Erstellung und dem Hochladen von Beiträgen zu Lösungsfindungen unterstützen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Die Abgeordneten des **Rechtsausschusses (JURI)** erörterten am Donnerstag, den 7. Mai, mit Kommissar Reynders die Auswirkungen von COVID-19 auf die Funktionsweise der Justiz und die Lage in Polen und Ungarn. Angesichts der zunehmenden Insolvenzen und Entlassungen im Zusammenhang mit COVID-19 befürchteten die Abgeordneten einen erhöhten Druck und Verzögerungen bei Gerichtsverfahren und unterstrichen die Notwendigkeit, die nationalen Regierungen bei der Digitalisierung der Justizsysteme zu unterstützen. In Bezug auf Polen betonten die EU-ParlamentarierInnen, dass das reibungslose Funktionieren der Justiz in der EU von wesentlicher Bedeutung sei und äußerten ihre Bedenken in Bezug auf die Situation in Ländern wie Polen und Ungarn, von denen sie befürchteten, dass sie die Krise genutzt haben, um Maßnahmen zur Schwächung der Demokratie, des Justizsystems und der Meinungsfreiheit zu ergreifen. Kommissar Reynders betonte, die Kommission verfolge die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedsstaaten genau und werde im September einen umfassenden Bericht veröffentlichen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Nicht nur das Einleiten von Hilfsmaßnahmen ist in der derzeitigen Situation wichtig, auch das Kommunizieren dieser Maßnahmen hat Priorität. In diesem Sinne forderten die Vizepräsidenten des Europäi-

schen Parlaments, Othmar Karas (EVP) und Katarina Barley (S&D) die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, die Öffentlichkeit stärker über die Maßnahmen und die Solidarität der EU bei der Bewältigung der Corona-Krise informieren. *„Information und Kommunikation sind von entscheidender Bedeutung bei der Bewältigung der gegenwärtigen Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die durch die Coronavirus-Pandemie ausgelöst wurde,“* erklärten die beiden Vizepräsidenten. Zurzeit werde über einen Großteil der Bemühungen nicht ausreichend berichtet, oder sogar Desinformationen gestreut. Im Interesse der Wahrung der Einheit und Solidarität der EU sei es unerlässlich, *„dass sich die nationalen Behörden auch darum bemühen, die EU-weiten gemeinsamen Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten in dieser Krise zu kommunizieren, um Desinformation zu bekämpfen.“* Daher sollten Pressekonferenzen und Video-Updates der Präsidentin der Europäischen Kommission von der Leyen in den Mitgliedsstaaten weit verbreitet werden. Schließlich schaffe Information Bewusstsein, äußerte Karas.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Eine Übersicht der Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Corona-Pandemie finden Sie [hier](#).



Rat der Europäischen Union

Soziales Recht als Kompass aus der Krise

Am Dienstag, den 5. Mai, hielten die EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales gemeinsam mit den Kommissaren Šuica und Schmit eine Videokonferenz ab.

Die für Beschäftigung und Soziales zuständigen EU-MinisterInnen erörterten gemeinsam mit dem für Demokratie und Demografie zuständige Kommissions-Vizepräsident Dubravka Šuica und der für Beschäftigung und soziale Rechte zuständige Kommissar Nicolas Schmit per Videokonferenz die demografischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie sowie die nationalen Maßnahmen, die ergriffen oder vorgesehen wurden, um die negativen Folgen der Krise auf den Arbeitsmärkten und der Wirtschaft abzumildern.

Alle waren sich einig, dass es während des Aufschwungs für die Mitgliedstaaten äußerst wichtig ist, die Unterstützung der ArbeitnehmerInnen und ihres Einkommens zu priorisieren und die Sozialschutzmaßnahmen zu verstärken. Hierbei hat die Kommission bereits mehrere Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitsplätzen ergriffen, darunter die Coronavirus Response Investment Initiative (CRII) und das

Instrument zur vorübergehenden Unterstützung zur Minderung des Arbeitslosenrisikos im Notfall (SURE). Mit Blick auf die Zukunft wird die Kommission unter Berücksichtigung der europäischen Säule sozialer Rechte zusammenarbeiten, um eine starke soziale Dimension für den Ausstieg und die Erholung sicherzustellen. Zudem wird sie einen Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels vorlegen, um demografische Aspekte der Erholung von der Krise anzugehen. Hierzu äußerte Kommissar Šuica: „Die im kommenden Kommissionsbericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels dargelegten Erkenntnisse werden dazu beitragen, die vom demografischen Wandel am stärksten betroffenen Menschen und Regionen zu identifizieren. Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen in diesen Regionen zu erhalten oder zu verbessern, nicht die Bekämpfung langfristiger demografischer Trends.“

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Die Erholung von den sozioökonomischen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erfordert einen beispiellosen Einsatz und die Koordinierung unter den Mitgliedsstaaten. Die Union muss widerstandsfähiger, gerechter und nachhaltiger werden, die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Die Gesundheits- und Sicherheitsstandards der EU müssen uneingeschränkt befolgt werden. In diesen Bestrebungen muss der Europäische Pfeiler der sozialen Rechte unser Kompass sein.“

- Nicholas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte



EU-Westbalkan-Gipfel

Der EU-Westbalkan-Gipfel am 6. Mai bot Anlass, die europäische Perspektive für den Westbalkan sowie die Solidarität mit der Region bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zu diskutieren.

Am 6. Mai fand das EU-Westbalkan Gipfeltreffen statt. Das ursprünglich in Zagreb geplante Meeting wurde auf Grund der Corona-Pandemie als Videokonferenz abgehalten. TeilnehmerInnen waren Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Ratschef Charles Michel, die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und die Führungsspitzen der sechs Partnerländer im Westbalkan: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, die Republik Nordmazedonien und das Kosovo.

Erstes großes Thema der Besprechung war die aktuelle Corona-Pandemie. Hervorgehoben wurden dabei die gegenseitige Solidarität und Zusammenarbeit. Bereits im Vorfeld des Gipfeltreffens steuerte die EU 3,3 Mrd. Euro bei, um die Wiederherstellungsstrategie in dieser Region zu unterstützen (Wir berichteten bereits im [Newsletter 17-20](#)). Die Kommission wird zudem später in diesem Jahr einen Wirtschafts- und Investitionsplan vorlegen, um die langfristige Erholung der Region zu unterstützen.

Als zweites Thema wurde die europäische Perspektive der westlichen Balkanpartner erörtert. Die EU bekennt sich dabei klar zu einer stärkeren Einbeziehung der Region und ist entschlossen, ihre Unterstützung für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Region zu verstärken. Dafür müssen jedoch Reformen, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung, der Funktionsweise der demokratischen Institutionen und der öffentlichen Verwaltung, durchgeführt werden. Allgemein stehe einer Erweiterung

„Der westliche Balkan gehört zur EU. Das steht für uns außer Frage. Aus diesem Grund bin ich der festen Überzeugung, dass die Europäische Union eine besondere Verantwortung für die Unterstützung ihrer Partner in der Region trägt.“

-
Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen

jedoch nicht im Wege. In der Schlusserklärung bekräftigte die EU ihre Entschlossenheit, ihr Engagement auf allen Ebenen zur Unterstützung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels in der Region weiter zu intensivieren und erinnerte daran, dass ihre Unterstützung weiterhin mit spürbaren Fortschritten in der Rechtsstaatlichkeit und bei sozioökonomischen Reformen verbunden sein wird. Abschließend erklärte Präsidentin von der Leyen: *„Wir haben vor einigen Tagen die größte Erweiterung der Europäischen Union vor 16 Jahren gefeiert. Die Erweiterungspolitik ist eine der erfolgreichsten EU-Politiken. Es hat Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf dem gesamten Kontinent verbreitet. Ich bin sicher, dass dies weiterhin dem westlichen Balkan und der Europäischen Union zugute kommen wird.“*

Mehr Informationen finden Sie [hier](#), die Erklärung [hier](#).



Sonstiges

Treibhausgasemission 2019 deutlich gesunken

Im Zuge einer EU-weiten Auswertung konnte festgestellt werden, dass die Treibhausgasemissionen aller europäischen Unternehmen, die dem EU-Emissionshandelssystem unterliegen, 2019 gegenüber 2018 um 8,7 % zurückgingen.

Das Emissionshandelssystem ist ein Eckpfeiler der EU-Politik zur Bekämpfung des gefährlichen Klimawandels. Es umfasst 31 Länder und begrenzt die Emissionen von mehr als 11.000 Kraftwerken, Industrieanlagen und von Fluggesellschaften. Die Unternehmen im Emissionshandelssystem sind für rund 45 % der EU-Treibhausgasemissionen verantwortlich. Neueste Zahlen der EU-Kommission belegen nun einen positiven Trend der Unternehmen in Richtung Treibhausgassenkung.

Vor allem die Umstellung von Kohle auf erneuerbare Energieträger und Gas zeigte Wirkung. Der Energiesektor konnte 15 % an Emissionen bei der Energieerzeugung einsparen. Die Emissionen der Industrie gingen um 2 Prozent zurück, während sie im Luft-

fahrtsektor im Vergleich zu 2018 um ein Prozent anstiegen. Der Emissionshandel der EU soll in den kommenden Jahren weiter überarbeitet werden. „*Er kann so zu einem noch wirkungsvolleren Instrument werden, um unsere europäischen Green-Deal-Ziele und unsere Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens zu erfüllen und gleichzeitig unsere Wirtschaft und die Energie, die sie antreibt, zu modernisieren*“, sagte der für den grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans.

Mehr Informationen zum EU-Emissionshandelssystem finden Sie [hier](#).

Mehr zu den neuesten Zahlen von 2019 finden Sie [hier](#).

Konsultation zur Finanzierungen für Projekte im Bereich erneuerbare Energien

Die Europäische Kommission befragt die Öffentlichkeit zu ihrem Entwurf eines neuen Finanzierungsmechanismus, mit dem Projekte im Bereich erneuerbare Energien in ganz Europa gefördert werden sollen.

Hauptziel des neuen Mechanismus ist es, eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu erleichtern, damit diese ihre Energieziele durch gemeinsame Investitionen erreichen können. Die Konsultation ist vier Wochen lang für alle interessierten Einzelpersonen, Organisationen, Unternehmen und Behörden verfügbar.

Die Konsultation finden Sie [hier](#).

Alle öffentlichen Konsultationen der EU-Kommission finden Sie wie gewohnt am [Ende des Newsletters](#).



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Geldwäsche & Terrorismusfinanzierung – Aktionsplan](#)

Binnenmarkt

7. Mai 2020 - 13. August 2020

[Verbringung von Abfällen – Überprüfung und Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt

7. Mai 2020 - 30. Juli 2020

[Finanzierungsmechanismus der Union für erneuerbare Energien](#)

Umwelt

6. Mai 2020 - 3. Juni 2020

[Klimazielpfad 2030](#)

Klimaschutz

31. März 2020 - 23. Juni 2020

[Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen](#)

Beschäftigung und Soziales

31. März 2020 - 23. Juni 2020

[Zollabkommen EU-China](#)

Zoll, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

24. März 2020 - 16. Juni 2020

[Galileo-Satellitensystem – Nutzung für kritische Infrastruktur \(Telekommunikation, Energie, Finanzen\)](#)

Binnenmarkt

23. März 2020 - 15. Juni 2020

[EU-Tierschutzstrategie \(2012-15\) - Bewertung](#)

Lebensmittelsicherheit

23. März 2020 - 15. Juni 2020

[Handel – Zollpräferenzschema der EU für Entwicklungsländer \(Aktualisierung\)](#)

Handel

11. März 2020 - 3. Juni 2020

[Geschlechtsspezifisches Lohn- und Gehaltsgefälle – Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern](#)

Beschäftigung und Soziales

5. März 2020 - 28. Mai 2020

[Europäischer Klimapakt](#)

Klimaschutz

4. März 2020 - 27. Mai 2020

[Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln](#)

Lebensmittelsicherheit

2. März 2020 - 25. Mai 2020

[Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen \(Aktualisierung der Rechtsvorschriften\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

20. Februar 2020 - 11. Juni 2020

[Öffentliche Konsultation zur Beobachtungsliste für Fälschungen und Piraterie](#)

Handel

19. Februar 2020 - 12. Mai 2020

[Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung \(2016-20\)](#)

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel

19. Februar 2020 - 13. Mai 2020

[Konsultation zum Weißbuch über künstliche Intelligenz - Ein europäischer Ansatz](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

[Europäische Strategie für Daten](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

[Überprüfung des Rechtsrahmens für Wertpapierfirmen und Marktteilnehmer](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

17. Februar 2020 - 18. Mai 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Konrad Pözl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 2

<https://europarl.europa.eu/austria/de/aktuell-presse/meldungen/2020-meldungen/mai-2020/pr-2020-mai-1.html>

S. 3

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_797

S. 4

https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/spring-2020-economic-forecast_en